



Nr. 310 | 18.04.2023

## Polen-Analysen

### Polens Außen- und Sicherheitspolitik

■ ANALYSE	
Polens Außen- und Sicherheitspolitik im Angesicht des Kriegs im Osten Europas	2
Kai-Olaf Lang, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin	
■ DOKUMENTATION	
Präsident Andrzej Duda über die Sicherheit an der NATO-Ostflanke und die Präsenz US-amerikanischer Truppen in Polen [Auszüge aus einem Interview]	7
■ CHRONIK	
31. März – 17. April 2023	9
■ LESEHINWEIS	
Jahrbuch Polen 2023 Der Osten	11

## Polens Außen- und Sicherheitspolitik im Angesicht des Kriegs im Osten Europas

Kai-Olaf Lang, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

DOI: 10.31205/PA.310.01

### Zusammenfassung

Russlands Überfall auf die Ukraine ist für Polen Zäsur und Bestätigung: Zäsur, weil gegen Polens wichtigsten östlichen Partner ein Angriffskrieg im großen Maßstab erfolgte; Bestätigung, weil sich Warschau in seiner pessimistischen Einschätzung hinsichtlich des russischen Aggressionspotentials bekräftigt sieht. Polens außen- und sicherheitspolitische Großziele haben sich durch den Krieg keineswegs verändert, aber sie stehen in einem neuen, dramatisch veränderten Kontext. Nach wie vor geht es darum, die Sicherheit Polens im transatlantischen Geflecht zu gewährleisten und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes im Gefüge der europäischen Integration voranzubringen. Weiterhin, wenn auch mit immenser Dringlichkeit, geht es darum, Russlands Ausgreifen zurückzudrängen sowie die Ukraine und andere östliche Nachbarn zu schützen. Und immer noch geht es darum, Polens Gewicht in der Europäischen Union und der NATO auszubauen, um beide Organisationen im Sinne Warschaus zu festigen und fortzuentwickeln. Ob dies gelingt, hängt davon ab, wie Polen sich in das Nordatlantische Bündnis, in die Ostpolitik des Westens und in die Europäische Union einfügt. Die seit 2015 in Polen regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) treibt in diesem Zusammenhang traditionelle Elemente polnischer Außenpolitik weiter, hat aber, gerade in der Europapolitik mit ihrem offensiven Kurs zur Wahrung nationaler Interessen, auch Neuausrichtungen vorgenommen.

### Sicher transatlantisch

Der Eckstein der polnischen Sicherheitspolitik war stets die Mitgliedschaft in einer funktionierenden NATO und die enge Verzahnung mit den Vereinigten Staaten. Nachdem Polen sein Kardinalziel, nämlich die Einbindung in das nordatlantische Bündnis, im Jahr 1999 erreicht hatte, ergaben sich jedoch bald neue Unwägbarkeiten. Bereits der Krieg gegen Serbien war ein Vorbote, dass die »neue NATO« ihr Profil ändern würde und nicht mehr primär auf Bedrohungen aus dem Osten ausgerichtet war. Es waren dann aber die fundamentalen Veränderungen infolge der Anschläge vom 11. September 2001 und deren Konsequenzen, die eine regelrechte Transformation der NATO auslösen sollten. Der amerikanische *war on terror* erforderte Armeen, die außerhalb des Bündnisgebiets intervenieren konnten, und Verbündete, die bereit waren, an den notwendigen Operationen mitzuwirken. Die Parole aus Washington lautete nun »Out of area or out of business«. Warschau ging diese Neuausrichtung gegen den Strich, denn Polen war ja dem Nordatlantikpakt beigetreten, um Schutz vor Russland zu bekommen, und nicht um Stabilisierungseinsätze in der ganzen Welt zu unterstützen. Dennoch beteiligte sich Polen aktiv am Umbau der NATO. So gehörte das Land bei der NATO-Mission in Afghanistan zu den wichtigsten Beiträgern. Polen hatte, wie auch weitere Staaten aus Ostmitteleuropa, keine andere Wahl. Damit die NATO für die USA attraktiv blieb, mussten die Verbündeten an der Globalisierung mitwirken, auch wenn sie diese nicht wirklich guthießen. Sie

erhofften sich dadurch Solidarität der USA für künftige Krisen in Europa.

Polen ging aber noch weiter als andere Länder aus dem östlichen Teil Europas. Während des Kriegs gegen den Irak war Polen eines der wenigen europäischen Länder, das militärisch an der US-geführten »Koalition der Willigen« mitwirkte. Damit demonstrierte Warschau seine Bereitschaft, über die NATO hinaus selbst bei militärischen Einsätzen an der Seite der USA zu agieren. Auf diese Weise wurde zudem zum Ausdruck gebracht, dass Polen jenseits der NATO auch auf bilateraler Ebene eine sicherheitspolitische und militärische Kooperation mit den USA anstrebte. Im Grunde signalisierte Polen damit, eine Sonderbeziehung mit den USA aufbauen zu wollen. Dies geschah zu einer Zeit, als die wichtigsten kontinentaleuropäischen Verbündeten, also Deutschland und Frankreich, eine gegen die USA gerichtete »Achse« mit Russland zu etablieren versuchten – und so nicht nur Polens Misstrauen bestätigten, sondern auch seine Abneigung gegen die Bestrebungen der EU, eine eigene sicherheits- und verteidigungspolitische Dimension aufzubauen. Für Polen stand dahinter der Versuch, die transatlantischen Beziehungen zu verwässern und Europa von den USA abzukoppeln.

Damit wurden wenige Jahre nach Polens formaler Eingliederung in die Strukturen des Westens drei stabile Muster der polnischen Sicherheitspolitik sichtbar, die bis heute eine formative Bedeutung haben und die angesichts des russischen Kriegs gegen die Ukraine bestätigt werden.

Erstens besteht eine klare Präferenz für die NATO mit ihrem »klassischen« Verteidigungsdispositiv, das die Verteidigung des Bündnisgebiets umfasst und Streitkräfte erfordert, die in der Lage sind, feindselige Staaten abzuschrecken und militärische Aggressionen gegebenenfalls abzuwehren. Die Annexion der Krim und Russlands Destabilisierung der Ostukraine im Jahr 2014 brachten spürbare Korrekturen am Konzept der globalen NATO. Die Stärkung der Ostflanke der Allianz, zu der etwa die Einrichtung einer »verstärkten Vorpräsenz« (*enhanced Forward Presence – eFP*) der NATO in Polen und den baltischen Staaten oder die Bildung einer schnellen Eingreiftruppe, einer »Speerspitze« des Bündnisses, gehörten, gingen genau in die von Polen stets angemahnte Richtung. Russlands Angriff auf die Ukraine hat die von Polen anvisierten althergebrachten Aufgaben der NATO nochmals in den Vordergrund gerückt. Sowohl deklaratorisch als auch real hat die von Russland ausgehende Bedrohung den Zusammenschluss neu belebt. Das Bündnis, noch kurze Zeit vor der russischen Invasion als »hirntot« beschrieben, intensiviert die Stationierung von Truppen und Gerät an der Ostflanke, die meisten Mitgliedsländer erhöhen ihre Verteidigungsausgaben und Politiker:innen aus NATO-Staaten bekennen sich dazu, dass die in Artikel 5 des Nordatlantikvertrags genannten Hilfszusagen uneingeschränkt gelten und im Ernstfall jeder Quadratzentimeter des Bündnisgebiets verteidigt werden würde.

Zweitens haben sich die Zweifel gegenüber den sicherheitspolitischen Anstrengungen der EU gehalten. Zwar bringt sich Polen in die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU und deren ambitionierte Teilprojekte im Rahmen der sogenannten *PESCO*-Initiative (*Permanent Structured Cooperation*) ein. Doch stellt Warschau die langfristige Ausrichtung der GSVP unter eine Art NATO-Vorbehalt: Polen erkennt an, dass die EU nützliche Beiträge auf dem Gebiet der Sicherheit zu leisten hat – sei dies bei Cyber-Sicherheit oder der militärischen Mobilität –, lehnt einen Aufbau eigenständiger und konkurrierender Strukturen dabei jedoch ab. Die europäischen Fähigkeiten sollen vielmehr dazu dienen, die Schlagkraft der NATO zu verbessern.

Drittens schließlich gilt für Polen in der Sicherheitspolitik nach wie vor »America first«. Natürlich wurde auch in Polen zur Kenntnis genommen, dass die amerikanische Unterstützung für die NATO wanken kann. Bereits die Ansage zu Zeiten Präsident Obamas, die USA würden sich nach Asien orientieren müssen, wurde mit einer gewissen Nervosität aufgenommen. Nach der Wahl Donald Trumps löste dessen Infragestellung der Allianz weiteres Unbehagen aus. Polens Reaktion auf derlei Ansagen besteht aber nicht darin, sich in Sicherheitsfragen Europa zuzuwenden: Das Vertrauen in die Zuverlässigkeit der europäischen Verbündeten und

deren militärische Fähigkeiten ist begrenzt. Vielmehr setzt Warschau auf die Vertiefung der bilateralen Bindungen zu den USA. So wurde die US-Militärpräsenz in Polen markant verstärkt. Neben den US-Soldaten im Rahmen des NATO-*eFP*-Kampfverbands befinden sich seit den letzten Jahren z. B. amerikanische Kräfte in Brigadestärke und ein vorgeschobenes Hauptquartier auf polnischem Boden. Im Zuge der Modernisierung der polnischen Streitkräfte wird außerdem in großem Maßstab auf Gerät aus den USA gesetzt. Schon lange vor dem Krieg wurden Großprojekte wie der Kauf von neuen Kampfflugzeugen (F-35), Flugabwehrsystemen (Patriot) oder Raketenartillerie (HIMARS) angeschoben. Damit wurde auch US-Politikern vom Schlag eines Donald Trump signalisiert, dass sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Polen ein gutes Geschäft ist. Unter dem informellen Etikett »Fort Trump« wurden dem Bewohner des Weißen Hauses zwei Milliarden Dollar für die Stationierung von US-Soldaten und die Einrichtung entsprechender Kasernen in Aussicht gestellt. Der 24. Februar 2022 katalysierte diese Prozesse nochmals. Polen investiert noch mehr in Gerät aus den USA, will nun u. a. Kampfpanzer und Hubschrauber sowie weitere der bereits bestellten Systeme kaufen. Und nie waren mehr US-Truppen in Polen präsent als zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Aus US-amerikanischer Perspektive ist Polen eine zentrale Logistikplattform für die Versorgung der Ukraine, aber auch eine Drehscheibe für die USA-Präsenz an der gesamten NATO-Ostflanke. Überdies gilt Polen als ein Partner, auf den man sich verlassen kann, dessen geopolitische Ausrichtung und dessen Wille, sich Russland entgegenzustemmen, in großen Teilen mit US-Interessen übereinstimmt. Polen trachtet also danach, die sicherheits- und verteidigungspolitischen sowie rüstungswirtschaftlichen Verklammerungen mit den USA stetig zu vertiefen. Sollten künftige US-Administrationen das Interesse an der NATO verlieren oder stärker vom Konflikt mit China absorbiert werden, kalkuliert man damit, dass direkte, bilaterale Verbindungen eine strategische Gleichgültigkeit Washingtons gegenüber Polen verhindern.

### Ostpolitische Prioritäten

Polens Ostpolitik war nach 1989 immer auch Sicherheitspolitik. Schon nach wenigen Jahren kristallisierten sich die Prioritäten für Polens Umgang mit dem Osten Europas heraus. Verkürzt könnte man diese in etwa wie folgt formulieren: Ein fest im Westen verankertes Polen soll darauf hinwirken, dass von Russland ausgehende neoimperiale Tendenzen im Gebiet der früheren Sowjetunion und insbesondere in Osteuropa eingegrenzt werden. Voraussetzung und Instrument hierfür ist die Sicherung der Unabhängigkeit der östlichen Nachbarn Polens und der erweiterten Europäischen Union. Von

Anfang an war klar, dass die Ukraine in diesem Zusammenhang als Schlüssel für die geostrategische Konstruktion in einem Teil der Welt diente, der zunächst noch als »postsowjetischer Raum« bezeichnet wurde. Während die kulturell und historisch unterfütterten Überlegungen aus dem Milieu der Exil-Zeitschrift *Kultura* und deren Spiritus Rector Jerzy Giedroyc die polnische Ostpolitik noch inspirierte, indem das gemeinsame Erbe der alten *Rzeczpospolita* und die politische Relevanz enger Beziehungen zu Litauen, Belarus und der Ukraine hervorgehoben wurde, war es dann eine geopolitisch ausgerichtete Sicht der Dinge, die Polens Einsatz für seine direkten und indirekten Nachbarn in Osteuropa beherrschte. Nachdem Polen der EU und der NATO beigetreten war, agierte es als Sachwalter einer Heranführung von Ländern wie der Ukraine an die Organisationen des Westens. Damit, so die Überlegung Polens, käme es selbst aus seiner Situation als Grenz- und Frontstaat heraus, wohingegen Russland zurückgedrängt werden könnte. Gleichzeitig würde die sukzessive Europäisierung der Nachbarländer, also die Festigung demokratischer Strukturen und der Kampf gegen Oligarchen und Korruption, Moskaus Einflussmöglichkeiten schwächen.

Vor allem die Mitgliedschaft in der EU bot Polen die Chance, seine Vorstellungen in die Gemeinschaft einzuspeisen, unter Rückgriff auf deren Ressourcen Reformen in der Nachbarschaft voranzubringen und die dort gelegenen Länder auf diese Weise an die EU anzunähern. Das noch junge EU-Mitglied Polen, konkret der damalige Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski, spielte bei der Orangenen Revolution in der Ukraine Ende 2004 eine wichtige Rolle, um durch Vermittlung eine gewaltsame Unterdrückung der Demokratiebewegung zu vermeiden. Ende 2008 dann präsentierte Polen (zusammen mit Schweden) das Konzept einer neuen EU-Strategie zur Verdichtung der Kooperation mit Ländern wie der Ukraine: Die Östliche Partnerschaft, die alsbald von der EU initiiert wurde, beinhaltete zwar keine Beitrittsperspektive für die Länder aus Osteuropa oder dem Südkaukasus, eröffnete aber andere Formen der Anbindung wie etwa Assoziierung oder Freihandel. Warschau war sich bewusst darüber, dass weitreichendere Angebote in Berlin oder Paris auf wenig Gegenliebe stießen und hatte daher ein Kompromisskonzept ausgearbeitet, das für die EU insgesamt akzeptabel war.

Dass Russland jeglicher Form der Westorientierung in einer Region, die es als seine besondere Interessensphäre erachtete, immer entschlossener entgegentrat, wurde in Warschau mit Sorge verfolgt. Russlands Interventionen in Georgien 2008 und in der Ukraine 2014 gaben aus polnischer Sicht dazu Anlass, die Anstrengungen des Westens gegen Russlands Ausgreifen spürbar zu erhöhen. In vielen europäischen Hauptstädten blieb es indes bei Zaudern und Zögern. Immerhin hatten auch die wichtigen europäischen Partner Polens es

abgelehnt, die »Integrationskonkurrenz« mit Russland durch einen faulen Kompromiss »aufzulösen«, der die Ukraine wieder Moskaus Interessensgebiet zugeschlagen hätte. Auch einen Rückzug aus der jungen Politik der Assoziierung mit der Ukraine gab es trotz russischer Aggressionspolitik nicht. Polen monierte aber, dass vor allem Paris und Berlin zu zaghaft reagierten, eine NATO-Perspektive für die Ukraine oder Georgien ablehnten und mit Russland (und der Ukraine) weiterhin im Dialog blieben oder sogar – wie im Falle der umstrittenen Nord-Stream-Pipelines – Kooperationen ausbauen. Gleichzeitig war auch Warschaus Handeln realpolitisch geprägt. So streckte Polen bis zu den gefälschten belarusischen Präsidentschaftswahlen im August 2020 die Hand nach Minsk aus. Das dortige Regime, so autoritär es auch war, sollte aus seiner einseitigen Abhängigkeit von Russland befreit werden, um zumindest Elemente belarusischer Souveränität gegenüber Moskau aufrechterhalten zu können. Durch die Selbstisolation des Machthabers Lukaschenka kam Warschaus pragmatischer Ansatz indes zu einem jähen Ende.

Russlands Überfall auf die Ukraine war einerseits eine Niederlage für die polnische Ostpolitik, denn Warschau war nicht in der Lage gewesen, eine Politik im Westen zu organisieren, die Russland im Vorfeld seines Angriffs das Gefühl gegeben hätte, mit hohen Kosten rechnen zu müssen. Andererseits ist es ein bitterer Erfolg, dass zahlreiche (wenn auch nicht alle) Prämissen und Forderungen der polnischen Ostpolitik nun von den Partnern in Europa angenommen wurden. Dazu gehören die Eröffnung einer EU-Beitrittsperspektive für osteuropäische Nachbarn oder der Ruf nach einer Entflechtung von Energieeinfuhren aus Russland. Es wird entscheidend vom Kriegsausgang abhängen, ob Polens ostpolitische Zielsetzungen sich dann – durch die sicherheitspolitische Lage im Osten sowie die Akzeptanz bei den Partnern im Westen – weitgehend erfüllen werden, oder ob – sei es durch Russlands Erfolg oder durch eine Ukraine- und Osteuropa-*Fatigue* in Westeuropa und den USA – Polens Vision eines demokratischen, souveränen und europäisierten Ostens abermals in weite Ferne rücken wird.

### Polen in der EU: Mitgestaltung oder Selbstbehauptung?

Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union war und ist für Polen eine mindestens dreifache Chance. Erstens ist die Union mit dem Binnenmarkt und ihren immensen Fördertöpfen ein Entwicklungs- und Modernisierungsvehikel. Zweitens basiert die EU auf einem Regelsystem, das kleineren Staaten helfen kann, die Vormachtstellung großer Länder durch Nutzung von Recht und Institutionen einzuhegen. Und drittens können auch mittlere und kleinere Mitgliedstaaten europäische Prägestärke entfalten – vorausgesetzt, sie kooperie-

ren geschickt und bringen sich mit ihren Fähigkeiten in die Prozesse europäischer Politik ein. Während Polen die Entwicklungspotentiale der EU-Mitgliedschaft bisher gekonnt nutzte, fällt die Bilanz in den anderen Chancenbereichen differenzierter aus. Polen ist einerseits Vorkämpfer europäischer Solidarität, und zwar nach innen wie nach außen, hat aber andererseits einer Art Solidarität mit Attributen das Wort geredet. Etwa in der Migrationskrise von 2015, als Polen, zusammen mit den Partnern aus der Visegrád-Gruppe (also der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarn) das Prinzip »flexibler Solidarität« in die Diskussion einbrachte, um so verbindliche Verteilquoten für Flüchtlinge in der EU abzuwehren. Jeder Staat sollte demzufolge Solidarität dort einbringen, wo er es am wirksamsten hielt, etwa bei der Außengrenzsicherung oder der Zusammenarbeit mit Drittstaaten. So legitim diese Idee gewesen sein mag, so offensichtlich stellte sie Polen als ein Land dar, das Solidarität interpretieren, wenn nicht sogar hinterfragen wollte. Im Zusammenhang mit der Energiekrise in der EU infolge des Kriegs in der Ukraine wiederum gab Polens Klimaministerin zu verstehen, dass ihr Land es eigentlich nicht vorhabe, im Fall einer Notlage eigene Gasvorräte mit Mitgliedstaaten zu teilen, die sich bisher auf Lieferungen aus Russland verlassen und keine Anstrengungen zur Diversifizierung unternommen hatten. Auch hier war ein durchaus nachvollziehbares Argument eingehüllt in die Forderung, solidarische Lastenteilung in der EU anzuzweifeln – und das von einem Land, das treibende Kraft dabei war, das Prinzip der Energiesolidarität im Vertragswerk der Union zu verankern.

Eine der wesentlichen Herausforderungen polnischer Politik in der EU hängt aber mit der dritten Chance zusammen: die Geschicke der Union mitzubestimmen. Denn immer wieder gab es nach Polens EU-Beitritt im Mai 2004 Momente, in denen das Land eher als Verhinderung- denn als Gestaltungsmacht agierte. Warschau Widerstand gegen eine Reform des Entscheidungssystems der EU war gleichsam das Entrée Polens in die Politik der EU. So verständlich Polens Wunsch nach einem Festhalten am alten Abstimmungsmodus war (denn die neue »doppelte Mehrheit« begünstigte Deutschland und Frankreich und minderte Polens Potential, Sperrminoritäten zu organisieren), so deutlich schob sich ein Motiv polnischer Europapolitik nach vorne, das auch in den Folgejahren immer wieder eine Rolle spielte: Polen sah sich in der EU offenbar in der Defensive und suchte nach Wegen, seine Interessen gegen Brüssel oder das deutsch-französische Tandem zu verteidigen. Polen war im EU-weiten Vergleich sicherlich kein Land, das eine extensive Blockadepolitik verfolgt hätte. Aber die Androhung und gelegentliche Nutzung des Vetorechts sowie eine Haltung, die oft auf das Abwenden vermeintlicher oder realer Brüsseler Befugnisse abzielte, verdichtete vielerorts

das Image Polens als eines wichtigen und gewichtigen, aber eben auch sperrigen Partners.

Es wäre daher unzutreffend, die nach dem Wahlsieg der *PiS* im Jahr 2015 eintretenden Spannungen mit Brüssel allesamt den Nationalkonservativen zuzuschreiben. Auch als die *PiS* nicht im Amt war, hat Polen sich immer wieder als durchsetzungsstarker Akteur in der EU geriert. Jedoch liegen die polnischen Regierungen seit 2015 im Dauerclinch mit europäischen Institutionen und zahlreichen Partnern. Die *PiS* möchte eine dezentrale EU, in der die Nationalstaaten auch künftig weit definierte Hoheitsbereiche besitzen. Die »Gemeinschaftsmethode« und weitere Vertiefungen der EU werden abgelehnt. Wie in einem Brennglas kommen derlei Haltungen im Konflikt um die Rechtsstaatlichkeit zum Ausdruck. Polens Justizreform und die Vorgänge um den Verfassungsgerichtshof führten dazu, dass die Europäische Kommission Ende 2017 erstmals ein Verfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags gegen einen Mitgliedstaat initiierte. Zwar kommt die Prozedur kaum voran, aber das Signal war deutlich, denn am Ende könnte die Aussetzung von Mitgliedschaftsrechten stehen. Mehrere Vertragsverletzungsverfahren und für Polen ungünstige Urteile des Europäischen Gerichtshofs sowie der Versuch seitens der EU, Polen mit neuen Instrumenten europäische Gelder einzufrieren, haben die Streitigkeiten um die Rechtsstaatlichkeit immer weiter zugespitzt. Das polnische Regierungslager sieht derlei Maßnahmen als ideologische Kampagne, die darauf abziele, die Machtverhältnisse in Polen zu verändern. Und gleichzeitig wirft es der EU vor, ihr Mandat zu überschreiten, da die Gemeinschaft angeblich keine Kompetenzen habe, um die innerstaatliche Ordnung von Mitgliedsländern zu bewerten. Das Urteil des *PiS*-freundlichen polnischen Verfassungsgerichtshofs vom 7. Oktober 2021, demzufolge die Übertragung von Kompetenzen an die EU nicht den Vorrang der polnischen Verfassung verletzen dürfe, wurde seitens der EU und der europafreundlichen Opposition als Bruch mit dem europäischen Rechtssystem und von einigen Kritikern sogar als »juristischer Pölexit« angesehen. Der *PiS* zufolge sei damit hingegen nur eine Klärung erfolgt, dass die EU auf manchen Gebieten keine Zuständigkeiten besitze. Durch die mögliche Zurückhaltung von Milliarden aus dem Wiederaufbaufonds »Next Generation EU« oder aus den Kohäsionsfonds übt die EU nun Druck auf die polnische Regierung aus, was der Auseinandersetzung eine neue Schärfe verleiht. Käme es im Wahljahr 2023 und angesichts einer sich eintrübenden Wirtschaft tatsächlich so weit, würde die *PiS* nicht nur innerpolnisch gegen die EU mobilisieren, sondern vermutlich auch durch Blockadepolitik auf EU-Ebene in anderen Politikfeldern »gegenhalten«. Dies könnte zu einer Vertiefung bestehender Gräben in der EU führen.

## Polens Position in Zeiten des Kriegs

In Zeiten des russischen Kriegs gegen die Ukraine stellen sich Grundfragen der polnischen Außenpolitik mit neuer Brisanz: Wie kann die Sicherheit des Landes verbessert werden? Wie kann man sich von der Abhängigkeit Russlands befreien? Wie kann Polen die Ukraine und andere Nachbarn im Osten unterstützen? Wie kann die wirtschaftliche Entwicklung angesichts von Digitalisierung oder klimapolitisch orientierter Transformation gesichert werden? Voraussetzung dafür, den damit verbundenen Zielen näherzukommen, sind innere Einheit, wirtschaftliches und sicherheitspolitisches Potential und nicht zuletzt eine gute Vernetzung in EU und NATO. Eine Momentaufnahme Ende 2022 fällt auf den einzelnen Gebieten allerdings gemischt aus.

In der Sicherheits- oder der Ostpolitik denkt und handelt die polnische Politik zumeist einmütig. Doch in Polens Europapolitik gibt es längst keinen Konsens mehr. Der »eurorealistische« Ansatz der *PiS* (wie die Politik der Partei von manchen ihrer Exponenten bezeichnet wird) steht der integrationsbejahenden Haltung der Opposition der rechten und linken Mitte deutlich gegenüber. Dies heißt auch: Polens Ausrichtung in der EU hängt spürbar davon ab, wer in Warschau regiert. Die Europapolitik wird also auch künftig unter fehlender Kontinuität leiden.

Besser sieht es mit den »materiellen« Grundlagen des polnischen Einflusses aus. Polens Aufholprozess mit Westeuropa funktioniert, energie- und klimapolitische Umgestaltungsprozesse werden ihren Tribut fordern, aber gerade bei der Diversifizierung von Energieträgern ist das Land gut vorangekommen. Einen Schub für Polens Stellung in Europa brachte paradoxerweise auch der Krieg. Der bedrohte Frontstaat ist ein wichtiger Solidaritäts- und Sicherheitsproduzent. Polens diesbezügliche Anstrengungen können seine Soft und seine Hard Power vergrößern: Die Aufnahme von Flüchtlingen, die neue strategische Rolle des Landes und der Aufbau schlagkräftiger und moderner Streitkräfte sind die sichtbarsten Effekte in diesem Zusammenhang.

Das vielleicht entscheidende Manko sind die Partner. Die *PiS* hat in den letzten Jahren auf die Beziehungen zu den USA, zu Großbritannien und zu den Ländern in Ostmittel- und Südosteuropa gebaut. Mit diesen Ländern bestehen weitreichende Überlappungen gerade in der Sicherheits- und Russlandpolitik. Der Krieg wirkt hierbei als Katalysator ohnedies enger Kooperationen. Die Rechnung der *PiS*, mit den USA, Großbritannien und vor allem den drei Partnern aus der

Visegrád-Gruppe oder durch die von Warschau mitbegründete Drei-Meere-Initiative eine effektive Gegenmachtspolitik gegen Deutschland (und Frankreich) zu betreiben, ging indes nicht auf. Mit dem Abgang von Donald Trump fehlte eine EU- und Deutschland-kritische US-Administration, Großbritannien verließ die EU und im östlichen Teil der EU zeichneten sich Interessenunterschiede ab: Die anderen Länder der Region wollten sich auf keinen gegen Deutschland gerichteten Kurs einlassen, in Fragen der Rechtsstaatlichkeit blieb vor allem Ungarn als Partner; dieses wiederum verfolgt einen völlig anderen Kurs als Polen, was den Krieg in der Ukraine betrifft.

Polens Position in Europa und im transatlantischen Gefüge ist daher auch und gerade im Angesicht des russischen Angriffs gegen die Ukraine voller Ambivalenz. Polen ist einerseits Aktivposten in der Sicherheitspolitik, Schlüsselakteur bei der Hilfe für die Ukraine und Vorreiter in der Energiepolitik, befindet sich andererseits im Modus der Gegenwehr gegen eine vermeintlich übergriffige EU und im permanenten Streit mit Deutschland oder dem deutsch-französischen Tandem, dem es Hegemonialpolitik in Europa vorwirft. Das Aufblühen der polnisch-amerikanischen Sicherheits- und Verteidigungskooperation sowie der Beziehungen zu den meisten ostmitteleuropäischen Ländern wird aber die enge Zusammenarbeit mit Deutschland (und Frankreich) nicht ersetzen können. Polens – in vielerlei Hinsicht berechnete – Kritik an einer Fehleinschätzung Russlands durch Deutschland und die einsetzende deutsche Selbstreflexion haben bislang nicht zu mehr Gemeinschaftlichkeit geführt. Verstärkt durch Reparationsforderungen und eine Auseinanderbewegung in europapolitischen Fragen sind Ost- und Sicherheitspolitik sowie der Krieg vielmehr zu einer weiteren Belastungsprobe für die deutsch-polnischen Beziehungen geworden. Polens neue Chance, zu einer regionalen Führungsmacht in Europa zu avancieren, wird kaum zu erfüllen sein, solange die Politik des ablehnenden Misstrauens gegenüber dem westlichen Nachbarn fortgeführt wird und solange die erstarkende transatlantische Komponente in Polens strategischer Position nicht durch eine funktionierende europäische Dimension ergänzt wird.

*Dieser Text erscheint in »Jahrbuch Polen 2023: Osten«, herausgegeben vom Deutschen Polen-Institut, Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2023. Das Jahrbuch kann bestellt werden unter der E-Mail-Adresse [verlag@harrassowitz.de](mailto:verlag@harrassowitz.de) (siehe auch Lesehinweis auf Seite 11).*

### Über den Autor

*Kai-Olaf Lang* ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe EU/Europa bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Er beschäftigt sich u. a. mit den Ländern Ostmitteleuropas, deren Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik sowie ihren Beziehungen zu Deutschland.

## Präsident Andrzej Duda über die Sicherheit an der NATO-Ostflanke und die Präsenz US-amerikanischer Truppen in Polen [Auszüge aus einem Interview]

16. Februar 2023

*Danuta Holecka, Polnisches Fernsehen [Telewizja Polska – TVP]: Wir begrüßen Sie herzlich aus der Botschaft der Republik Polen in London. Unser Gast ist heute Präsident Andrzej Duda. Ich grüße Sie, Herr Präsident.*

Der Präsident der Republik Polen, Andrzej Duda: Ich grüße Sie herzlich sowie auch unsere Zuschauer.

*Herr Präsident, Sie befinden sich im Prinzip in einer diplomatischen Offensive. Heute findet ein Treffen mit dem Premierminister Großbritanniens statt. Was ist das Ziel dieser Offensive?*

Vor allem die Stärkung der Sicherheit Polens, die Stärkung der Sicherheit Polens und noch einmal die Stärkung der Sicherheit Polens. Das ist die wichtigste Aufgabe, die ich mir gestellt habe.

Ich nutze die außergewöhnliche Gelegenheit, die sich für uns ergeben hat, dass wir Besuch von Präsident Joe Biden [21. Februar 2023 in Warschau, d. Übers.] bekommen und gleichzeitig ein Treffen der Bukarest Neun [B9; Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechien, Ungarn, d. Übers.] haben werden, und zwar im Rahmen der NATO – [...] die Bukarest Neun sind die Staaten der NATO-Ostflanke, die sich mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten treffen werden. Ich hoffe, dass auch der NATO-Generalsekretär kommen wird, den ich gestern zu diesem Gipfeltreffen eingeladen habe.

Es ist vor allem eine Gelegenheit für Gespräche über die Sicherheit in unserem Teil Europas. Wie werden wir der Ukraine weiter helfen? Denn das muss gemeinsam getan werden. Und welche Entscheidungen werden wir auf dem bevorstehenden NATO-Gipfel in Wilna treffen? Das wird im Juni/Juli dieses Jahres sein, wenn wir dann bereits im Forum der gesamten NATO über wichtige Entscheidungen diskutieren werden, die – hoffentlich – mit der Verstärkung der Präsenz der NATO an der Ostflanke verknüpft sein werden.

Nicht nur was die Anzahl der NATO-Soldaten angeht, die präsent sind bzw. sofort eintreffen werden, sollte es zu irgendeiner Bedrohung kommen, sondern auch mit Blick auf die militärische Infrastruktur, das heißt die Ausrüstung der NATO, die – meiner Meinung nach – auf dem Gebiet unseres Landes stationiert werden sollte, aber auch überhaupt auf dem Gebiet der NATO-Ostflanke, damit die Soldaten, die kommen, die Ausrüstung nicht mitbringen müssen, denn das führt immer zu einer Verzögerung des logistischen Prozesses. So dass die Ausrüstung bereits auf sie wartet und sie sie einfach aus den Magazinen vor Ort verteilen und ihre militärischen Tätigkeiten antreten können. [...]

*In München [Münchener Sicherheitskonferenz, 17. bis 19. Februar 2023, d. Übers.] wird es zu wichtigen Treffen kommen, u. a. mit dem Bundeskanzler Deutschlands und dem Präsidenten Frankreichs. Werden wir sie, d. h. werden Sie sie von unseren Zielen überzeugen? Zum Beispiel von der ständigen Stationierung von Truppen und militärischem Gerät auf unserem Territorium?*

[...]

In der letzten Zeit haben wir viele Komplimente gehört, viele gute, warme Worte vonseiten unserer Verbündeten. Vor allem aber stehen wir fest auf dem Boden der Tatsachen. Dazu gehört eben der Aufbau von Sicherheit in einer sehr konkreten, sehr starken Bedeutung, d. h. die Stärkung der polnischen Armee, die Ergänzung und der Zukauf neuer Ausrüstung für die polnische Armee, verbunden mit einem Anstieg unserer Verteidigungsausgaben. Sie werden im Jahr 2023 mehr als vier Prozent des BIP betragen. Das ist also etwas, was es bisher bei uns noch nicht gegeben hat. Und in der Tat wird es sehr viel neue Ausrüstung geben.

Und die Bündnispräsenz, die Garantien des Art. 5 [des NATO-Vertrags, d. Übers.]. Damit sie eine praktische Dimension bekommen, sind erstens NATO- und US-amerikanische Einheiten in unserem Teil Europas und – aus unserer Sicht natürlich – insbesondere bei uns notwendig. Heute haben wir 10.000 amerikanische Soldaten, heute haben wir in Polen schon viel amerikanische Ausrüstung, aber ich möchte, dass es noch mehr wird – ich spreche von

amerikanischer Militärausrüstung. Ich möchte, dass es noch mehr wird. Ich möchte, dass sie auch ganz einfach in Polen gelagert wird. Und darüber werde ich sicher mit Präsident Joe Biden sprechen.

Aber ich möchte, dass es auch Magazine mit NATO-Ausrüstung gibt. Das ist meine Forderung für uns, das ist meine Forderung auch für unsere Bündnispartner aus den Staaten an der NATO-Ostflanke. Denn der Prozess, die Sicherheit zu stärken, wird deutlich leichter sein, der Prozess, irgendeine wesentliche Bedrohung zu beantworten, wird deutlich leichter sein, wenn die NATO-Truppen aus den Vereinigten Staaten und aus Westeuropa ohne Ausrüstung verlegt werden, weil diese hier, vor Ort, auf sie warten wird. Das wird dann ein viel schnellerer Vorgang sein. Er würde sich verlangsamen, wenn sie dann erst die ganze Infrastruktur mitnehmen müssten. Die Infrastruktur sollte also hier sein, hier stationiert werden, sie sollte eine zusätzliche Garantie für unsere Sicherheit sein.

*Manche sagen, dass gerade Berlin und auch Paris die größten Bremser für Veränderungen in der NATO und Gegner der dauerhaften Präsenz amerikanischer Stützpunkte in Polen sind. Aber vielleicht ist das eine zu große Vereinfachung. Allerdings entscheiden die Amerikaner darüber, wo sie ihre Militärbasen einrichten, und Sie werden mit Ihnen sprechen. Jedoch...*

Es gibt überhaupt zwei Formate der Zusammenarbeit. Deshalb betone ich das so. Denn irgendeiner wird sagen: »Was soll das? Die Amerikaner sind doch Teil der NATO.« Ja, sind sie. Aber die Entscheidung der NATO darüber, dass sie an der Ostflanke präsent sein wird, das ist die eine Sache. Und für uns, Polen, besteht die außergewöhnliche Situation, dass die Vereinigten Staaten gleichzeitig die Rahmennation der NATO-Präsenz bei uns sind. Und so kommt es dazu, dass es im Rahmen der NATO-Präsenz insgesamt in der Tat am meisten amerikanische Soldaten gibt.

Davon abgesehen haben wir für die Präsenz amerikanischer Einheiten in Polen auch bilaterale Verträge, d. h. zweiseitige: Polen – Vereinigte Staaten – ohne Beteiligung der übrigen NATO-Staaten. Für die amerikanische Präsenz in Polen. Und das sind dem Wesen nach zwei voneinander getrennte Dinge.

[...]

*Herr Präsident, der zweite Besuch des Präsidenten der Vereinigten Staaten bei uns, in Polen, im Laufe eines knappen Jahres. Alle betonen das. Es soll ein Dank für Sie persönlich kommen – so kündigt es das Weiße Haus an – und für die polnische Nation. Das sind wunderschöne Gesten. Ich verstehe aber, dass es bei diesem Besuch nicht nur um Gesten geht, denn er hat ein sehr großes politisches Gewicht.*

Er hat vor allem ein sehr großes politisches Gewicht. Natürlich wird das für uns alle – für meine Landsleute, für mich persönlich und auch staatlich – außerordentlich angenehm sein, wenn wir vonseiten der Vereinigten Staaten, des Präsidenten der Vereinigten Staaten gute Worte über uns und Worte des Dankes hören. Denn das ist in gewisser Weise, kann man sagen, auch ein Dank im Namen der freien Welt.

Wir haben ja viele Jahrzehnte lang Amerika so wahrgenommen. Insbesondere als wir hinter dem Eisernen Vorhang waren, war für uns Amerika das Symbol der freien Welt. In vielen Staaten wird das also bestimmt als Dank vonseiten der freien Welt aufgenommen. Das ist natürlich sehr angenehm.

Aber vor allem sehe ich auf die sehr konkreten, politischen – und nicht nur politischen – Aspekte dieses Besuches und des B9-Gipfels in Polen. Das ist eine Stärkung unserer Sicherheit. Das ist ein weiterer Auftritt von Präsident Joe Biden, der unserer Sicherheit gilt, nach dem Auftritt im Hof des [Warschauer, d. Übers.] Königsschlusses bereits vor einem Jahr. Jetzt wird es zu einem nächsten Auftritt von Präsident Joe Biden kommen, der offenkundig an die ganze Welt gerichtet sein wird. Nicht nur an uns als Gastgeber, nicht nur an die Polen, nicht nur an die Amerikaner, an die Vereinigten Staaten, sondern er wird an die ganze Welt adressiert werden.

Denn das ist – machen wir uns nichts vor – die Rolle der Vereinigten Staaten. Sie sind eine Weltmacht, sie sind in außerordentlichem Maße der Garant der globalen Sicherheit und dies ist auch die besondere Rolle des Präsidenten der Vereinigten Staaten.

[...]

*Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate*

*Quelle: Prezydent Rzeczypospolitej Polskiej [Der Präsident der Republik Polen]: Londyn. Wywiad Prezydenta RP dla »Gościa Wiadomości«. [London. Interview mit dem Präsidenten der Republik Polen für die Nachrichtensendung »Der Gast der Nachrichten« des Senders Polnisches Fernsehen/Telewizja Polska – TVP.] <https://www.prezydent.pl/aktualnosci/wypowiedzi-prezydenta-rp/wywiady/wywiad-prezydenta-rp-dla-goscia-wiadomosci-calosc,64758> (abgerufen am 12.04.2023).*

## CHRONIK

## 31. März – 17. April 2023

31.03.2023	In Lodz (Łódź) endet das zweitägige Außenministertreffen der Bukarest Neun (Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechien, Ungarn). Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine unterstreicht Außenminister Zbigniew Rau, dass die Stimme der östlichen NATO-Staaten einstimmig und deutlich hörbar sein sollte. Die Staaten der Bukarest Neun werden sich für die Ausarbeitung von Plänen zur Verteidigung des NATO-Territoriums gegenüber Russland und Belarus einsetzen, so Rau.
01.04.2023	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki teilt bei seinem Besuch des Rüstungsunternehmens Rosomak in Siemianowice Śląskie mit, dass die Ukraine 100 Radschützenpanzer des Typs »Rosomak« bestellt. Die Bezahlung wird mit von Polen eingeworbenen EU-Mitteln und mit von der Ukraine eingeworbenen US-amerikanischen Mitteln gedeckt. Weiter kündigt Morawiecki an, dass Polen in diesem Jahr bis zu 4 % des Bruttoinlandsprodukts für die Modernisierung der polnischen Streitkräfte einsetzen wird.
02.04.2023	In mehreren Städten Polens nehmen am Todestag von Papst Johannes Paul II. (2005) Tausende Menschen am »1. Nationalen Papst-Marsch« teil, der vom Zentrum für Leben und Familie (Centrum Życia i Rodziny) organisiert wird. Damit soll die Unterstützung für Johannes Paul II. demonstriert werden, dem vorgeworfen wird, in seiner Amtszeit als Erzbischof von Krakau (Kraków) Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche nicht angezeigt zu haben.
04.04.2023	Der Vorstandsvorsitzende des Polnischen Rüstungskonzerns (Polska Grupa Zbrojeniowa – PGZ), Sebastian Chwałek, teilt in einem Interview im TV-Sender Polsat News mit, dass PGZ mit deutschen Rüstungsunternehmen sowie die Regierungen Polens und Deutschlands aktuell Gespräche über die Etablierung von Service- und Reparatereinrichtungen für Militärausrüstung in Polen führen.
05.04.2023	Präsident Andrzej Duda empfängt Wolodymyr Selenskyj, Präsident der Ukraine, zu einem offiziellen Besuch in Warschau. Am Abend sprechen beide vor Polen und Ukrainern im Warschauer Königsschloss. Duda kündigt weitere Waffenlieferungen an die Ukraine an und betont die gute wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder. Selenskyj dankt Polen für die Aufnahme ukrainischer Geflüchteter und die Gewährung medizinischer und schulischer Versorgung sowie des Zugangs zum Arbeitsmarkt. Für die ukrainischen Getreideimporte, die Proteste polnischer Landwirte ausgelöst haben, sei eine Lösung vereinbart worden. Beide sprechen sich für eine konsequente und ehrliche Aufarbeitung konflikträchtiger Ereignisse in der gemeinsamen Vergangenheit aus. Selenskyj erhält die höchste Auszeichnung Polens, den Orden des Weißen Adlers. Es ist der erste Auslandsbesuch Selenskyjs seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022. Vorher hat es bereits zwei Arbeitsbesuche im grenznahen Rzeszów gegeben und ist Duda viermal in die Ukraine gereist.
05.04.2023	Landwirtschaftsminister Henryk Kowalczyk gibt bekannt, dass er Präsident Andrzej Duda um Entlassung gebeten hat. Der Grund sei die Entscheidung der Europäischen Kommission, den infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine beschlossenen zollfreien und nicht kontingentierten Getreideimport aus der Ukraine in die Europäische Union um ein weiteres Jahr bis Juni 2024 zu verlängern. Das widerspreche der Forderung der polnischen Landwirte, die auf Preisdumping im Zusammenhang mit den Importen auf den polnischen Getreidemarkt hinweisen.
06.04.2023	Präsident Andrzej Duda beruft Robert Telus (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) zum neuen Minister für Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes, nachdem der bisherige Minister, Henryk Kowalczyk (PiS), am Vortrag seinen Rücktritt eingereicht hat. Telus war bisher Vorsitzender des parlamentarischen Ausschusses für Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes. Kowalczyk bleibt Vizeministerpräsident.
06.04.2023	Präsident Andrzej Duda beruft Janusz Cieszyński (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) zum Minister für Digitalisierung. Diese Funktion hat bisher Ministerpräsident Mateusz Morawiecki ausgeübt. Cieszyński war vorher Regierungsbeauftragter für Cybersicherheit.
06.04.2023	Das Außenministerium veröffentlicht einen Beschluss des Ministerrates, mit dem festgestellt wird, dass weder in der Zeit der Volksrepublik Polen noch danach die Frage der Reparationen, Entschädigungen oder Wiedergutmachung für die Schäden, die Polen durch Deutschland während des Zweiten Weltkriegs erlitten hat, abgeschlossen wurde. Die Bundesrepublik Deutschland wird aufgefordert, sofort mit der systematischen Regulierung der Schäden zu beginnen. Der Gesamtwert der Verluste wird auf 1,53 Billion US-Dollar (Stand 31. Dezember 2021) geschätzt.

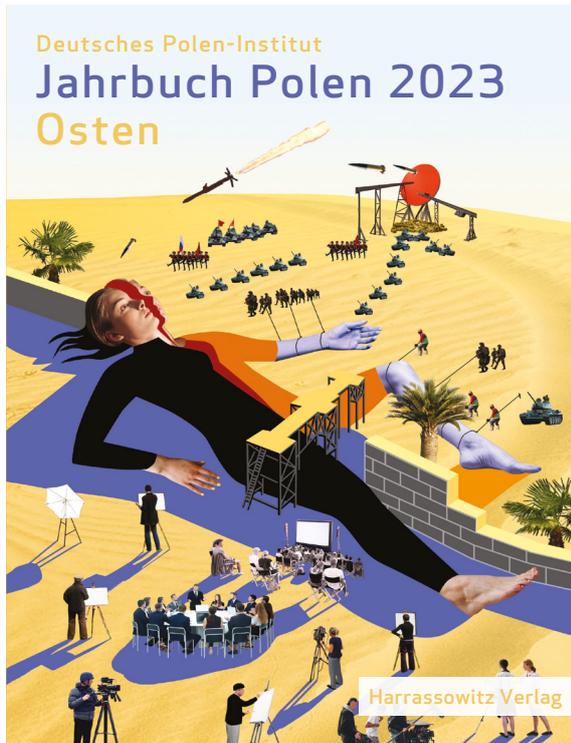
11.04.2023	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki trifft sich am ersten Tag seiner zweitägigen USA-Reise mit US-Vizepräsidentin Kamela Harris. In einer gemeinsamen Pressekonferenz im Anschluss weist Harris auf die beiden Besuche von US-Präsident Joe Biden 2022/23 und ihren eigenen Besuch (2022) in Polen hin, die Ausdruck des starken Bündnisses der beiden Länder, insbesondere vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, seien. Morawiecki warnt vor den imperialen Interessen Russlands und einem möglichen daraus resultierenden globalen Konflikt. Das sog. alte Europa habe an eine Verständigung mit Russland geglaubt und eine Niederlage erlitten. Das sog. neue Europa, zu dem auch Polen zähle, erinnere sich an den »russischen Kommunismus«. Polen sei der Anführer des »neuen Europa« und wolle das Fundament der europäischen Sicherheit werden. Durch den Kauf US-amerikanischer Rüstungsgüter wolle Polen größtmögliche Kompatibilität mit der US-Militärausrüstung erlangen. Polen wolle die größte Armee in Europa aufbauen und deshalb mit der weltweit fortschrittlichsten Rüstungsindustrie zusammenarbeiten.
12.04.2023	Die Europäische Kommission genehmigt, dass Polen mit öffentlichen Geldern in Höhe von 158 Mio. Euro den polnischen Konzern LOTOS Green H2 fördert. Der Tochterkonzern des polnischen Energiekonzerns PKN Orlen produziert grünen Wasserstoff.
13.04.2023	Die Bundesregierung erteilt Polen nach Eingang eines Antrags am selben Tag die Exportgenehmigung für fünf MiG-29 Kampffluger in die Ukraine. MiG-29 ist ein Abfangjäger sowjetischer Bauart, den die Bundeswehr aus Beständen der Nationalen Volksarmee der DDR nach der Wiedervereinigung übernommen und später an Polen verkauft hatte. Wegen einer Endverbleibsklausel im Vertrag zwischen Deutschland und Polen war die Erlaubnis Deutschlands für den weiteren Export in die Ukraine erforderlich.
13.04.2023	Der polnischen Energiekonzerne PGE und ZE PAK geben die Gründung der Aktiengesellschaft PGE PAK Atomenergie (PGE PAK Energia Jądrowa) bekannt, die gemeinsam mit dem südkoreanischen Partner KHNP die Vorbereitung für den Bau eines Atomreaktors in Pańków (Woiwodschaft Łódź/województwo łódzkie) betreiben wird. PGE sowie PAK halten jeweils 50 % der Anteile.
14.04.2023	Nach aktuellen Angaben des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) betrug die Inflationsrate im März 16,1 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Das ist ein Anstieg von 1,1 % bezogen auf Februar 2023.
14.04.2023	Der Sejm beschließt mit 233 Stimmen bei 208 Gegenstimmen und neun Enthaltungen ein Gesetz zur Berufung einer »Staatlichen Kommission zur Untersuchung russischer Einflüsse auf die innere Sicherheit Polens in den Jahren 2007 bis 2022«. Die neunköpfige Kommission soll aus vier Vertretern der Opposition und fünf des Regierungslagers bestehen, die vom Sejm berufen werden. Das Gesetz wird nun dem Senat vorgelegt.
15.04.2023	Im Gesetzesblatt wird die Verordnung des Ministers für wirtschaftliche Entwicklung und Technologie veröffentlicht, dass ab sofort bis zum 30. Juni ein Importverbot für landwirtschaftliche Produkte aus der Ukraine gilt, u. a. für Getreide, Zucker, Eier, Obst und Gemüse. Der Hintergrund ist, dass z. B. das ukrainische Getreide zu Dumpingpreisen in Polen verkauft wurde, was zu Protesten der Landwirte führte. In diesem Zusammenhang trat der Landwirtschaftsminister in der vergangenen Woche zurück.
17.04.2023	Antoni Macierewicz (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Leiter des Smolensk-Unterausschusses im Verteidigungsministerium, teilt mit, es bestehe der begründete Verdacht, dass der Flugzeugabsturz von Smolensk (2010) ein Mordanschlag auf den damaligen Präsidenten Lech Kaczyński sowie auf die weiteren 95 Passagiere an Bord des Flugzeugs gewesen sei. Bei der Staatsanwaltschaft sei Anzeige erstattet worden, um den Absturz als Mordanschlag zu untersuchen. Kritiker der Anschlagstheorie gehen von einem Flugzeugunglück aus; einige Stimmen sprechen von manipuliertem Beweismaterial, das die Anschlagstheorie belegen soll.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

## LESEHINWEIS

## Jahrbuch Polen 2023 Der Osten

Herausgegeben vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt  
Wiesbaden: Harrassowitz 2023



Wo liegt heute Polen in Europa? Mit der Frage nach dem »Osten« – aktualisiert noch durch den Krieg, den Russland in der Ukraine führt – verortet die Jahrbuch-Redaktion Polens politische und gesellschaftliche Lage auf der heutigen Karte Europas. Seit dem demokratischen Umbruch reflektieren polnische außenpolitische und ideengeschichtliche Diskurse diese Frage, die sich geopolitisch erst einmal paradox darstellt: 1945 wurden Polens Grenzen gen Westen verschoben, dennoch verlagerte sich das Land auf der europäischen *mental map*, nicht nur aus der Eigensicht und aus deutscher Perspektive, mehr denn je Richtung »Osten«. Es wurde zum Teil des Ostblocks, zum Satellitenstaat der Sowjetunion, des »Ostens an sich« – verbunden mit in Polen als barbarisch wahrgenommenen Attributen. Nach dem Umbruch 1989 orientierte sich das Land – obgleich auf der Landkarte unverändert – nach »Westen« und versuchte, seine neu definierten östlichen Nachbarn wie Ukraine, Belarus oder Georgien darin zu unterstützen, sich aus der postsowjetischen, russischen Einflussphäre zu emanzipieren.

Seit den 2000er Jahren wogten in Polen Debatten, die den Osten und Polens Rolle dort neu definieren, etwa in postkolonialer Hinsicht in Bezug auf die Versklavung ukrainischer Bauernschaft, die Diskriminierung von Minderheiten oder die allgemeine gesellschaftliche, kulturelle und technologische Entwicklung. In letzter Zeit ist dagegen viel Kritik zu hören an westlichem Verständnis für die »russische Seele«, verbunden mit Forderungen, die außenpolitischen Gegebenheiten und Maximen der mitteleuropäischen Staaten viel stärker zu respektieren.

Das Jahrbuch Polen 2023 bietet ein Spektrum von Analysen und Einsichten, wie in Polen der »Osten« wahrgenommen wird, welche Abgrenzungen und befürchteten Abgründe, aber auch welche positiven Zuschreibungen und romantischen Stereotype es gibt. In den Essays, Interviews und literarischen Texten wird gefragt, was die Polinnen und Polen am Osten inspiriert und fasziniert, kamen doch Generationen von polnischen Intellektuellen und Kulturschaffenden aus den östlichen Grenzlanden (Kresy). Schließlich wird die Debatte ausgemessen, wie der östliche, sowjetische Einfluss, der Land und Gesellschaft über einen langen Zeitraum prägte, bewertet wird und wie »östlich« Polen in der Selbstwahrnehmung heute (noch) ist.

### Inhalt

Andrzej Kaluza / Julia Röttger	Wo liegt Polen in Europa?
Jan Kusber	Der »Osten« und Polen. Historische Schlaglichter
Kai-Olaf Lang	Polens Außen- und Sicherheitspolitik im Angesicht des Kriegs im Osten Europas
Bastian Sendhardt Wojciech Śmieja / Piotr Brysacz	Polen und der Globale Osten Ich kehre immer wieder in den Osten zurück, wie der Lachs zu seinen Laichplätzen ...
Joanna de Vincenz	Stanisław Vincenz – eine biografische Annäherung
Katrin Steffen	Vorstellungen vom »Ostjüdischen«. Zur Notwendigkeit einer begrifflichen Befreiung
Małgorzata Ruchniewicz	Kresy passé? Die einstigen polnischen Ostgebiete zwischen Erinnerung und Vergessen
Iwona Reichardt	»Russische Seele«? Warum es die »ukrainische Seele« zu entdecken gilt
Stefan Chwin / Michał Nogaś Włodzimierz Pawluczuk / Piotr Brysacz	Warum steht Putin so sehr auf Dostojewski? Die ruthenische Seele ist mir lieber
Jarosław Hryzak / Sonia Knapczyk Kacper Pobłocki	Zweiundzwanzig Ukrainen Der Bauernpöbel. Die Ukraine zwischen Sklaverei und Schlaraffenland
Adam Balcer	Die Ostsiedlung der Deutschen aus Polen und das ukrainische Gelobte Land
Olga Drenda	Die Zeiten der Orangenlimonade. Über die polnische »Ostalgie«

## ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)  
Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf [bpb.de](http://bpb.de)



### Deutsches Polen-Institut Darmstadt ([www.deutsches-polen-institut.de](http://www.deutsches-polen-institut.de))

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

### Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen ([www.forschungsstelle.uni-bremen.de](http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de))

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

#### Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

#### Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)  
Satz: Matthias Neumann

#### Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz  
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.  
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

ISSN 1863-9712 © 2023 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,  
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: [kaluza@dpi-da.de](mailto:kaluza@dpi-da.de), Internet: [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus  
analytical  
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian  
analytical  
digest



Zentralasien-Analysen



## Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

### Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

### Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

### Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

### Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

### Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

### Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>